

Zeitschrift: SuchtMagazin

Herausgeber: Infodrog

Band: 38 (2012)

Heft: 2

Artikel: Drogenpolitik als Gesellschaftspolitik : Rückblick und Ausblick

Autor: Cattacin, Sandro

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-800438>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Drogenpolitik als Gesellschaftspolitik: Rückblick und Ausblick

Die Schweizer Drogenpolitik ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich pragmatischer geworden. Die moralische Herausforderung des Leidens in den 1980er Jahren hat dazu beigetragen, innovative Lösungen zu finden und eine wegweisende Politik zu entwickeln, die als Viersäulenpolitik bekannt geworden ist. Doch heute scheint sich die Schweizer Drogenpolitik auf ihren Lorbeeren auszuruhen. Es mangelt an Lösungen für anstehende Probleme, wie die nach wie vor fehlende Regulierung des Cannabiskonsums oder auch die zunehmende multiple Abhängigkeit von verschiedenen Substanzen.

Sandro Cattacin

Prof. Dr., Professor der Soziologie der Université de Genève, Département de sociologie, 40, Bd. du Pont d'Arve, CH-1211 Genève 4, Tel. +41 (0)22 379 83 02, sandro.cattacin@unige.ch, www.unige.ch/ses/socio/sandrocattacin

Keywords:

Suchtpolitik | Gesellschaftspolitik | Schweiz | Lernprozess | Diffusionsprozess |

Die Schweizer Drogenpolitik wird international entweder als Erfolgsmodell gefeiert oder als des Teufels verschrien. Die Drogenpolitik der Schweiz wurde und wird primär als erfolgreiche Gesellschaftspolitik betrachtet, in der «law and order» jeweils nur einen von vielen Aspekten bildet. Daneben haben sich in allen Bereichen der Gesellschaft die unterschiedlichsten Programme durchgesetzt, die sich mit der Persönlichkeitsentwicklung auseinandersetzen (Schule und Gesundheit), Experimentierräume unterstützen (z.B. das nächtliche Öffnen von Turnhallen) und tief- bis hochschwellige Inklusionsangebote in den Arbeitsmarkt für Personen in schwierigen Lebenslagen bereitstellen. Ein besonderes Augenmerk wird auf die für viele unverständliche Kombination einer politisch konservativen Gesamtausrichtung des Landes und der Viersäulenpolitik gerichtet, oder wie Joanne Csete schreibt: «In any case, Switzerland's adoption of the policies and programs that it has placed under the four-pillars umbrella shows that pragmatic drug policy can be built even in an environment of political conservatism. It may need to be couched in some level of rhetoric about eventual abstinence and it may need to include explicitly strong support of policing, but with some level of respect for objective scientific evidence, harm reduction can be a strong part of drug policy among people of varying political persuasions.»¹

In den Ausführungen von Csete wird klar, dass der Weg zu einer aufgeklärten Drogenpolitik über einen breiten politischen und informierten Konsens zu gehen hat, der parteiübergreifende Koalitionen ermöglicht.²

Die Wahrnehmung der für die Schweizer Drogenpolitik Verantwortlichen ist meist etwas differenzierter, nämlich geprägt von «Gloire et déboires» – von Ruhm und Verdruss. Zum grossen Erfolg gehören dabei, wie an der kürzlich stattgefundenen Fachtagung zu 30 Jahren Drogenpolitik in der Schweiz³ festgehalten wurde, insbe-

sondere die Methadonprogramme, die Spritzenabgabe, die Konsumräume, die Heroinverschreibung sowie der Fokus auf die menschliche Würde – in anderen Worten: die Politik der Schadensminimierung und das daraus entstandene Modell der vier Säulen.⁴ Zum Misserfolg werden vor allem die vielen Toten vor dem Aufwachen in den 1990er-Jahren gezählt sowie die technokratischen Versuche im letzten Jahrzehnt, Drogenpolitik ohne politischen Konsens zu gestalten⁵ oder auch die Inkohärenz im Bereich der Regulierung des Cannabiskonsums.⁶ Des weiteren ist auch die Situation in Lausanne, wo sich nach wie vor eine politische Mehrheit gegen Konsumräume stemmt und schon gar nicht an Programme kontrollierter Abgabe von Heroin denkt, keine Ruhmesgeschichte der Schweizer Drogenpolitik.

Das Rezept und seine Nebenwirkungen

Erfolg und Misserfolg der Schweizer Drogenpolitik liegen ironischerweise ständig nahe beieinander – dem Föderalismus sei gedankt –, denn das Schweizer Erfolgsmodell baut auf der Möglichkeit auf, territoriale Asynchronien zuzulassen. So werden jedem Kanton, zum Teil gar jeder Gemeinde, ein eigener Rhythmus im Auf- und Abbau von Politiken zugestanden. Doch der Föderalismus hat auch andere Vorteile, die in der Schweizer Drogenpolitik immer wieder zum Tragen kommen:

- Der Föderalismus ermöglicht Experimente und Vergleiche zwischen den Kantonen und Städten und zwar auch zwischen solchen, die sich an Experimenten beteiligen und solchen, die sich nicht beteiligen. Nicht an jedem Ort musste so die Kokainabgabe getestet werden, und es genügten einige wenige Erfahrungen, um aufzuzeigen, dass sich das Abgabemodell, das sich für Heroin bewährt hatte, für diesen Stoff nicht eignete.
- Der Föderalismus erlaubt weiter, dort noch nicht zu handeln, wo der Schuh weniger drückt. So hatte der Kanton Genf lange zugewartet, bevor er die Heroinabgabe einführte.
- Der Föderalismus erlaubt zudem die Übernahme von zukunftssträchtigen Innovationen, wie die Geschichte der niederschweligen Anlaufstellen, der sogenannten Drop-In, eindrücklich belegt, die in der Schweiz anfangs der 1970er-Jahre an einigen Orten eingeführt wurden (Biel, Bern und

Zürich sind die Pioniere) und danach in der ganzen Schweiz diffundierten.

- Schliesslich, und dies scheint mir besonders wichtig, lässt der Föderalismus unterschiedliche Meinungen zu, solange diese die territorialen – kantonalen oder kommunalen –, festgelegten Grenzen nicht übertreten. Der Kanton Waadt, in dem weiterhin keine Fixerräume erlaubt sind, ist hier ein gutes, wenn auch fast tragisches Beispiel, wie Drogenpolitiken sich in diesem Land gegenseitig auch tolerieren können.⁷

Die Stärke der Schwäche

Dass das föderale Modell überhaupt wirksam werden kann, setzt einen schwachen Nationalstaat voraus, der seine Wirkung nicht auf seinem Sanktionsmonopol aufbauen kann. Im Gegenteil: autoritäre Haltungen oder auch der Regelungswille durch Bundesbern in Bereichen kantonalen und städtischer Souveränität stossen regelmässig auf Ablehnung. Dies hat zur Folge, dass sich der Bund seit längerem auf neue Wege der Politikgestaltung und -implementierung einlässt, die nicht mehr auf Sanktion, sondern auf Überzeugungsarbeit und Anreizen aufbauen, aber auch auf experimenteller Gesetzgebung, die sich auf Evaluationen stützt, bevor sie verstetigt wird.⁸ In der Drogenpolitik sind diese neuen Wege besonders prominent zum Tragen gekommen, denn schon in den 1980er-Jahren schaute Bern nicht mehr einfach nur zu, sondern setzte 1981 und unter der Leitung von François van der Linde die Subkommission Drogenfragen der Eidgenössischen Betäubungsmittelkommission ein, die den Auftrag erhielt (abgestützt auf dem Postulat Günter vom 11. Juni 1980), einen Drogenbericht zu erstellen. Bereits in diesem ersten Bericht der Eidgenossenschaft wird festgehalten, dass eine multi-kasale Sichtweise notwendig sei und Repression wohl nicht der einzige Weg sein könne, um mit Drogenproblemen umzugehen.⁹ Nicht nur der Inhalt des Berichtes ist für damalige Verhältnisse in Bundesbern weitsichtig, sondern vor allem die Legitimation der Kommission als Organ, das Wissenschaft und Politik verbindet, und so auch mehr Glaubwürdigkeit besitzt als die eidgenössische Administration und Politik.

Auch wenn die Wirkung dieses ersten Berichts nicht mehr nachgezeichnet werden kann, stellt er doch eine neue Logik in der Politikgestaltung dar. Über Drogenpolitik soll nicht mehr gestritten werden, ohne zu argumentieren, und anstelle von Ideologien treten nun Ideen, die auch verwirklicht werden können, sowie entsprechende Informationen. Damit wird die pragmatische Wende der Drogenpolitik eingeläutet, die von François van der Linde während dreissig Jahren verkörpert wurde.¹⁰

Der Beginn der Viersäulenpolitik

Es folgen weitere Berichte, die alle, mehr oder weniger erfolgreich, die politische Diskussion beeinflussen. Insbesondere der 1989 erstellte Bericht der Subkommission¹¹ wird als revolutionär eingestuft, weil er das Ende der repressiven Drogenpolitik verkündet. So wird im Bericht Folgendes festgehalten:

- «Permissivität gegenüber Drogen als Ausdruck einer gesellschaftlichen Gleichgültigkeit ist abzulehnen. Je höher die generelle Permissivität der Gesellschaft im Umgang mit Drogen, umso grösser wird die Zahl von Menschen mit Abhängigkeitsproblemen.
- Die Gesetzgebung als Ausdruck gesellschaftlicher Regel für den Umgang mit Substanzen, die zur Abhängigkeit führen können, soll in erster Linie darauf ausgerichtet sein, Abhängigkeitsprobleme und ihre Folgen zu verhüten und, wo dies nicht zum Erfolg führt, Hilfe für Betroffene zu ermöglichen.
- Repressive Massnahmen im Bereich der illegalen Drogen sind dort verstärkt einzusetzen, wo organisierte kriminelle Tätigkeiten und gewinnträchtiges Handeln im Vordergrund stehen.
- Die Bekämpfung des missbräuchlichen Drogenkonsums

und der Drogenabhängigkeit muss sich an den Ursachen für dieses Verhalten orientieren. Die Bestrafung dieser Handlungsweisen hat sich als wenig wirksam erwiesen.»¹²

Die Ursachenorientierung löst somit die Substanzorientierung ab, und die Drogenpolitik gewinnt dadurch ihre für die Schweiz neue Rolle als Gesellschaftspolitik. Die Rolle der Subkommission Drogenfragen in Bezug auf diesen Wandel in der Drogenpolitik ist sicherlich nicht zu unterschätzen, insbesondere wenn vom Beginn der Viersäulenpolitik im Drogenbereich gesprochen wird. Die Kommission und das damalige Bundesamt für Gesundheitswesen sind zu der Zeit noch auf eine asymmetrische Art und Weise verbunden, indem die Kommission die politische Agenda bestimmt und das Bundesamt versucht, die Kommissionsarbeit zu unterstützen.

Drogenpolitik wird zum schweizweiten Thema

Die Entwicklungen in der Drogenszene verändern die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Gesundheit und der Kommission dann jedoch nachhaltig. Die offene Drogenszene und damit verbunden die Verbreitung von Elend vor allem durch die Übertragung von HIV/Aids führen zu einem zunehmenden Druck, praktikable Lösungen zu präsentieren.¹³ Der darauf folgende Ausbau des Bundesamts für Gesundheit bedeutet insgesamt eine Schwächung der Rolle der Kommission, wobei das Muster der Politikgestaltung beibehalten wird. An die Stelle einer einzigen Kommission treten nun eine Vielzahl neuer Kommissionen und diverse Arenen der Debatte: Nationale Konferenzen zwischen allen Parteien, Koordinationskommissionen zwischen Städten, Kantonen und der Eidgenossenschaft, Kommissionen von Berufsgruppen und administrativen Stellen – rund 100 Kommissionen sind in diesem Jahrzehnt an der Arbeit, wie dies von Uwe Serdült gezählt und analysiert wurde.¹⁴ Und die Wirkung der Multiplikation der Diskussionsarenen lässt nicht lange auf sich warten. Die Viersäulenpolitik gewinnt zunehmend an Legitimation und politischer Unterstützung. Nicht zu unterschätzen ist dieses «going out» der Regierungen und Verwaltungen auch im Hinblick auf die Beteiligung der Bevölkerung an der Diskussion. Kaum ein anderes Thema wird in den 1990er-Jahren so vielen direktdemokratischen Abstimmungen unterworfen wie die Drogenpolitik. Und das ist auch gut so. Jede und jeder hat eine eigene Meinung und unterstützt diese mit konkreten Argumenten, wodurch auch radikale oder ideologische Positionen aufgeweicht werden.

Neue Fragen, neue Orientierungen

Der grosse Aufruhr in der Drogenpolitik endet vor rund zehn Jahren. Die Szenenorte haben sich geleert, Ruhe und Ordnung sind wieder hergestellt, Heroin kommt aus der Mode und der legislative Prozess ist mehr oder weniger auf Eis gelegt. Leider, denn gerade auf der legislativen Ebene wird so die einmalige Chance verpasst, den vorhandenen, breiten Konsens für die Viersäulenpolitik zu institutionalisieren. Dies findet dann erst viel später, nach einem ewigen Auf und Ab im Parlament und erst noch auf eine weit weniger mutige Art und Weise statt.

Das revidierte Betäubungsmittelgesetz, das dann sowohl die Hero-inverschreibung als auch die Viersäulenpolitik auf eine gesetzliche Basis stellt, tritt erst Mitte 2011 in Kraft, also erst zu einem Zeitpunkt, wo die Inhalte bereits überholt sind, wie im Bericht (der unter dem Namen «psychoaktiv.ch» lief und im Jahre 2006 veröffentlicht wurde) der Eidgenössischen Kommission für Drogenfragen, die die Subkommission 1997 ablöste, festgehalten wird.¹⁵ In ihren Empfehlungen schreibt die EKDF: «Die EKDF empfiehlt insbesondere, eine ausschliesslich auf illegale Drogen ausgerichtete Politik zu verlassen. Ziel soll eine sachliche, in sich stimmige, wirksame und glaubwürdige Politik sein, die alle psychoaktiven Substanzen umfasst. Umzusetzen wäre sie mit einem regulierten Markt, bei dem der Staat eine weite Palette seiner Steuerungsmöglichkeiten zur

AMUSEMENT



LUCKY FLIPPER

GAMBLING HOUSE



Verfügung hat: Diese umfassen auch Lenkungsabgaben und reichen vom Marktverbot bis zur Freigabe. Als Hilfsmittel zur Überprüfung der Stimmigkeit diente dabei das neue Modell¹⁶ der Suchtpolitik.»¹⁷

Die Empfehlungen weisen bereits auf das neue Arbeitsfeld der Drogenpolitik hin, nämlich weg von den illegalen Drogen hin zu einem Modell der Abhängigkeiten von verschiedenen psychoaktiven Substanzen, womit auch auf die Komplexität der Problematik von Abhängigkeiten hingewiesen wird. Dadurch werden Strömungen aufgenommen, die bereits in den Kantonen und vor allem in den Städten vorgezeichnet worden sind, denn in der Praxis des Drogenbereiches hat sich schon seit einigen Jahren der Ansatz durchgesetzt, sich auf multiple Abhängigkeiten zu spezialisieren, und zwar unabhängig von den Substanzen. So wechseln auch kantonale Kommissionen für Drogenfragen ihre Namen und werden zu Kommissionen, die sich generell mit Abhängigkeit auseinandersetzen. Bundesbern hat hier noch nicht nachgezogen, auch wenn dazu bereits genügend Argumente vor allem von Seiten der EKDF, aber auch von der Alkohol- und von der Tabakkommission zusammengetragen wurden.¹⁸

Die gesellschaftliche Dimension rückt in den Hintergrund

Es ist sicher ein Fortschritt, dass nicht mehr auf Substanzen, sondern auf mehr oder weniger problematische Konsumformen fokussiert wird, doch ist dadurch auch die gesellschaftliche Dimension etwas abhanden gekommen und hat die Schweiz ihre viel gerühmte Vorreiterrolle eingebüsst. So schauen wir heute gebannt in andere Länder und versuchen zu verstehen, was diese Social Clubs (Orte der legalen Cannabispromotion und des legalen Konsums) in Spanien für die Schweiz bedeuten könnten, wie psychoaktive Substanzen als Mittel eingesetzt werden, die Effektivität der Arbeitsleistungen zu erhöhen (die Debatte um «Neuroenhancement»), wie die Vereinigten Staaten ihren Krieg gegen Drogen verlieren und wie neue Modelle der Opium- und Hanfproduktion ausserhalb des illegalen Marktes in Südamerika getestet werden.¹⁹ Die Weiterentwicklung des Schweizer Modells ist seit Jahren ins Stocken geraten. Diskutiert wird im Parlament über die Bussenhöhe bei Cannabiskonsum, was zeigt, wie wenig wir heute an neuen Ideen arbeiten. Die öffentliche Störung der Unruhe insbesondere durch die offenen Drogenszenen und das sichtbare Elend der Abhängigkeit haben damals zum Erfolgsmodell Schweiz geführt. Heute findet der Konsum von abhängig machenden Substanzen offen kontrolliert, gesellschaftlich integriert oder aber erneut im Versteckten statt. Viele Substanzen reflektieren zudem den nervösen Kapitalismus und scheinen demzufolge ein weitem akzeptiertes, halboffenes Schattendasein zu fristen. So könnte man ironischerweise auch sagen, dass das Erfolgsmodell Schweiz wohl gerade wegen seines Erfolgs heute ausgedient hat. ●

Literatur

- BAG, Bundesamt für Gesundheit (2011): Herausforderung Sucht. Grundlagen eines zukunftsfähigen Politikansatzes für die Suchtpolitik in der Schweiz. Bern: Steuergruppe der drei Eidg. Kommissionen für Alkoholfragen, für Drogenfragen und für Tabakprävention.
- Boggio, Y./Cattacin, S./Cesoni, M.L./Lucas, B. (1997): Apprendre à gérer. La politique suisse en matière de drogue. Genève: Georg.
- Bütschi, D./Cattacin, S. (1994): Le modèle suisse du bien-être, Coopération conflictuelle entre Etat et société civile: le cas de l'alcoolisme et du vih/sida. Lausanne: Réalités sociales.
- Cattacin, S. (1996): Die Transformation des Schweizer Sozialstaates. Überlegungen zu seiner Entwicklungslogik. *Revue suisse de science politique* 2(1): 89-102.
- Cattacin, S./Longchamp, C./Wisler, D. (Hrsg.) (1998): Pragmatismus statt Polarisierung: die Entwicklung von Einstellungen und Verhaltensweisen zur Drogenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren – mit einer Analyse der Volksabstimmung über «Jugend ohne Drogen». Muri: Schweizerische Gesellschaft für Gesundheitspolitik.
- Csete, J. (2010): From the Mountaintops. The Evolution of Drug Policy Change in Switzerland and its Lessons for the World. NY: Global Drug Policy Program,

Open Society Institute.

- Delley, J.-D. (1995): «New Public Management und neue staatliche Steuerung.» S. 439-452 in: P. Hablützel et al. (Hrsg.), Umbruch in Politik und Verwaltung. Ansichten und Erfahrungen zum New Public Management in der Schweiz. Bern: Haupt.
- EKDF, Eidgenössische Kommission für Drogenfragen (2006): Von der Politik der illegalen Drogen zur Politik der psychoaktiven Substanzen. Bern: Hans Huber.
- EKDF, Eidgenössische Kommission für Drogenfragen (Hrsg.) (2012): Drogenpolitik als Gesellschaftspolitik. Ein Rückblick auf dreissig Jahre Schweizer Drogenpolitik. Zürich, Genève: Seismo Verlag.
- Global Commission on Drug Policy (2011): War on Drugs. NY: Global Commission on Drug Policy.
- Hansjakob, T./Killias, M. (2012): Repression in der Drogenpolitik. S. 59-72 in: EKDF 2012.
- Kübler, D. (1994): Zwischen Pragmatismus und Erwartungsmanagement. Zur politischen Diskussion um die wissenschaftlichen Versuche zur ärztlichen Verschreibung von Betäubungsmitteln. Lausanne: IREC.
- Kübler, D. (2000): Politique de la drogue dans les villes suisses entre ordre et santé. Analyse des conflits de mise en oeuvre. Paris: L'Harmattan.
- Morand, C.-A. (1991): Les nouveaux instruments d'action de l'Etat et le droit. S. 237-256 in: C.-A. Morand (Hrsg.), Les instruments d'action de l'Etat. Basel und Frankfurt: Helbing & Lichtenhahn.
- Schreiber, H.-P. (2012): Neuro-Enhancements: Gibt es eine moralische Grenze der Selbstbestimmung über den eigenen Körper? S. 114-119 in: EKDF 2012.
- Serdült, U. (2003): Politiknetzwerke in der städtischen Drogenpolitik von Bern, Chur, St. Gallen und Zürich. Zürich.
- Subkommission Drogenfragen, Eidgenössische Betäubungsmittelkommission (1983): Drogenbericht. Bern: Bundesamt für Gesundheitswesen.
- Subkommission Drogenfragen, Eidgenössische Betäubungsmittelkommission (1989): Aspekte der Drogensituation und Drogenpolitik in der Schweiz. Bern: Bundesamt für Gesundheitswesen.
- Uchtenhagen, A. (2011): The role of coalitions in drug policy. Some theoretical and observational considerations. *Adicciones* 23(3): 339-343.
- Willke, H. (1997): Die Supervision des Staates. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Endnoten

- 1 Csete 2010: 24. Sinngemässe Übersetzung: «Die schweizerische Viersäulenpolitik zeigt auf jeden Fall, dass pragmatische Suchtpolitik auch in einem konservativen Umfeld gemacht werden kann. Sie muss zwar mit ein wenig Rhetorik auskommen, die Abstinenz als Möglichkeit vorsieht, und braucht eine explizite Unterstützung im Feld der Politik, aber wenn es gelingt, Respekt für wissenschaftliche Evidenz zu gewinnen, kann Schadensminderung ein wichtiger Teil der Drogenpolitik werden, gerade auch unter Personen mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen.»
- 2 Vgl. dazu auch Uchtenhagen 2011.
- 3 Die Fachtagung fand am 26. März 2012 in Bern statt und war François van der Linde, dem ehemaligen Präsidenten der Eidgenössischen Kommission für Drogenfragen gewidmet, der der Kommission 30 Jahre vorstand (zuerst als Präsident der Subkommission Drogenfragen der Eidgenössischen Betäubungsmittelkommission). Sein Amtsantritt bedeutete auf Bundesebene den Beginn einer pragmatischen Drogenpolitik. Zu seinen Ehren erschien in diesen Tagen eine Publikation mit dem Titel «Drogenpolitik als Gesellschaftspolitik» (EKDF 2012). François van der Linde ist Ende 2011 als Präsident der EKDF und auf seinen Wunsch zurückgetreten. Sein Nachfolger ist Toni Berthel.
- 4 Vgl. Boggio et al. 1997.
- 5 Gedacht sei hier an die Versuche, eine Chip-Karte für Cannabiskonsumierende einzuführen oder auch an die gescheiterte Revision des Betäubungsmittelgesetzes, die, bevor sie ins Parlament kam, hinter den Kulissen und ohne breiten Einbezug von ExpertInnen erarbeitet worden war. (Die Revision wurde 2001 in Angriff genommen und scheiterte im Nationalrat im Jahre 2004).
- 6 Vgl. Hansjakob/Killias 2012.
- 7 Siehe zu einer kritischen Analyse dieser Dynamiken: Cattacin 1996.
- 8 Willke spricht in diesem Zusammenhang von einem Supervisionsstaat (Willke 1997), Morand vom propulsiven Staat (Morand 1991); zu diesem Wandel der Politikgestaltung siehe auch die Studien zum sogenannten «Anreizstaat» in der Schweiz: Bütschi/Cattacin 1994 und Delley 1995.
- 9 Vgl. Subkommission Drogenfragen 1983.
- 10 Vgl. Kübler 1994; Cattacin et al. 1998.
- 11 Vgl. Subkommission Drogenfragen 1989.
- 12 Subkommission Drogenfragen 1989: 1.
- 13 Vgl. Kübler 2000.
- 14 Vgl. Serdült 2003.
- 15 Vgl. EKDF 2006.
- 16 Anm. des Autors: das Würfelmodell.
- 17 EKDF 2006: 11.
- 18 Vgl. BAG 2011.
- 19 Siehe zu diesen neuen Herausforderungen: Global Commission on Drug Policy 2011; zu Neuroenhancement: Schreiber 2012.